

Region Bern

Paragrafenreiter im Wahlkampfieber

Regierungsstatthalter Bern-Mittelland Ladina Kirchen (SP), Claude Grosjean (GLP) und Tatjana Rothenbühler (FDP) liefern sich ums Regierungsstatthalteramt einen politischen Wahlkampf. Macht das Sinn?

Jürg Steiner

Christoph Lerch (64), ein eher spröder Jurist mit SP-Parteibuch, kann man eines nicht vorwerfen: dass er als Regierungsstatthalter Bern-Mittelland, der er seit 2009 ist, nicht gelegentlich tüchtig für politische Emotionen sorgt. Die SVP etwa drosch 2019 mit einer aufsichtsrechtlichen Anzeige auf ihn ein, weil er mit den Reitschul-Betreibern zu lasch umgehe. Ein paar Jahre zuvor hatte er «Figg di Herr Lerch»-Sprayereien an seinem Amtssitz lesen müssen, angebracht von den ganz linken Jusos, die mit einem seiner Entscheid zum Reitschul-Vorplatz nicht einverstanden waren.

Ende Jahr geht Christoph Lerch in Pension, seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger repräsentiert eine jüngere Generation, und seit dieser Woche ist klar, dass um den exponierten Juristen-Posten ein richtiger Wahlkampf entbrennt. Mit Unterstützungskomitees und allem, was dazugehört. Die Stimm berechtigten der 76 Gemeinden des Amtsbezirks Bern-Mittelland wählen die Lerch-Nachfolge am 13. Juni. Neben den bereits bekannten Kandidatinnen Ladina Kirchen (Oberbottigen, SP) und Tatjana Rothenbühler (Köniz, FDP) tritt nun auch der Stadt berner Grünliberale Claude Grosjean an. Die Grünen stellen keine Kandidatur, wie Geschäftsführerin Esther Meier auf Anfrage festhält.

Claude Grosjean (46) nimmt auf Anfrage vorab zur Genderfrage Stellung: Angesichts der Wahlgewinne der Grünliberalen in den letzten Monaten sieht er seine Chancen intakt, auch wenn er gegen zwei Frauen antrete, hält er fest. Gegenüber Ladina Kirchen (50) und Tatjana Rothenbühler (49) führt er «langjährige Erfahrung als Politiker» ins Feld, er habe sich deshalb in der Öffentlichkeit einen Namen gemacht, findet Grosjean. Obschon er vor vier Jahren, als er als amtierender Stadtrat gegen den Bisherigen Lerch antrat, deutlich den Kürzeren gezogen hat.

Der in Wichtrach aufgewachsene Grosjean, der von 2009 bis 2019 im Stadtrat sass und im Kader der Eidgenössischen Steuerverwaltung arbeitet, gleist seine Kandidatur für das Juristenamt explizit politisch auf. Selbstverständlich, hält er fest, müsse sich der Regierungsstatthalter im Amt ans Gesetz halten und könne höchstens den Ermessensspielraum variabel ausfüllen.

Politischer Vermittler

Aber, so Grosjean, man bewege sich als Statthalter auch zwischen politischen Welten, zwischen dem bürgerlich regierten Kanton und der rot-grün regierten Stadt etwa. In diesem Clinch könne er als Grünliberaler, von politischem Blockdenken unbelastet, eine aktive Vermittlerrolle spielen. Ganz abgesehen davon, dass er sich im eher hitzigen politischen Klima der Stadt auch eine Konfliktfähigkeit angeeignet habe, die «ein Gegenentwurf zum Amtsschimmel und zur Paragrafenreiterei» sei.

Mit seinem Verständnis von aktiver Amtsführung liegt Claude Grosjean recht nahe bei Ladina Kirchen, die aufgrund der Stärke der SP und der Unterstützung durch die Grünen im Einzugs gebiet des Regierungsstatthalteramts als Favoritin gilt. Die selbstständige Anwältin und Mediatorin, die einst kurz im Stadtrat sass und sowohl in der Stadt- wie in der Bundesverwaltung arbeitete, möchte als Statthalterin «die Vermittlerrolle möglichst proaktiv spielen», wie sie festhält.

Juristin oder Politikerin?

Aus ihrer Tätigkeit als Anwältin habe sie gelernt, dass sich Konflikte, sobald sie mit juristischen Mitteln ausgefochten würden, oft unlösbar verhärteten. Deshalb gehöre es für sie zum modernen Profil einer Statthalterin, sich in der Frühphase von Konflikten einzuschalten und nicht erst, wenn man als Feuerwehr nur noch das Schlimmste verhindern könne. Kirchen, die in Oberbottigen lebt und sich etwa kritisch im Konflikt um die BLS-Werk stät te in Riedbach engagierte, findet es transparent, wenn der politische Hintergrund bei der Wahl mitspiele. Als Statthalterin wäre sie

Juristin und nicht Politikerin, ganz klar, sagt sie. Aber in Ermessensfragen bringe man seine ganze Lebenserfahrung ein, und dazu gehöre auch die politische Einstellung.

Für sie sei der Fall klar. Im Amt selber, sagt die Freisinnige Tatjana Rothenbühler, derzeit zweite Vizepräsidentin des Könizer Parlaments, dürfe der politische Background «nicht mehr im Vordergrund stehen». Als Statthalterin sei es zentral, dass man für «alle Mitbürgerinnen und Mitbürger» da sei und Probleme unvoreingenommen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen löse. Die promovierte Völkerrechtlerin, die bereits auf dem Regierungsstatthalteramt arbeitete und seit langem in der Bundesverwaltung tätig ist, reizt das Regierungsstatthalteramt wegen seiner thematischen Vielfalt. Man müsse bereit sein, sich stets neuen Fragen zu stellen, für die man nicht vorgespurte Antworten abrufen könne.

Als Mitglied des Könizer Parlaments kenne sie die Bedürfnisse von Stadt-Land-Gemeinden. Für etwas vom Wichtigsten hält sie es, «dass man sich sehr gern direkt mit Menschen auseinandersetzt» und für die verschiedenen Anspruchsgruppen sachliche Lösungen sucht. Als Freisinnige verfüge sie nicht über die grösste Hausmacht, dessen sei sie sich bewusst. Allerdings rechne sie mit «sehr grosser Unterstützung durch die Wählerschaft der Mitte und des ganzen bürgerlichen Lagers».

Regierungsstatthalter? Das Jobprofil

Das Jobprofil ist so weitläufig, dass man weiche Knie bekommen könnte. Allerdings: Ein Jus-Studium ist keine Voraussetzung. Der Statthalter vertritt den Regierungsrat im Verwaltungsbezirk, beaufsichtigt die (im Fall von Bern-Mittelland) noch 76 Gemeinden, in denen rund 400'000 Einwohner leben. Der Statthalter ist Bewilligungsbehörde im Bau- und Gastgewerbe, die anordnende Hand im Erbschaftsbereich und muss für ausserordentliche Lagen - Unwetter oder Brände - auch Gummistiefel und Outdoor-Kleider im Schrank haben. In bestimmten Fällen - etwa bei Baustreitigkeiten - fungiert der Regierungsstatthalter als Richter und fällt erstinstanzliche Entscheide.

Der Regierungsstatthalter ist Chefmediator im weitläufigen Grossraum Bern. Wenn sich ein Konflikt zuspitzt, wird er gerne als Troubleshooter aufgeboden und dorthin geschickt, wo es wehtut. Dass er oder sie mit dem Stadt-Land-Graben vertraut sein muss, versteht sich von selbst: Baustreitigkeiten in Sangernboden oder Arnisäge lassen sich möglicherweise in einem dezidierten Gespräch hinter der Hoschtet bereinigen. Bei Konflikten zwischen Kantonsverwaltung und Gemeinden auf der Suche nach Asylunterkünften steht der gleiche Regierungsstatthalter plötzlich im Zentrum einer heftigen politischen Auseinandersetzung, die über die Medien zusätzlich angeheizt wird.

Salopp gesagt: Der Regierungsstatthalter oder die Regierungsstatthalterin Bern-Mittelland sollte zu Bauern, Baulöwen und Bordellbetreibern den Draht ebenso finden wie zu Reitschülern, Regierungsmitgliedern und Randalierern. (jsz)

© Berner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten.